



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 24. März 2023

Nummer 12

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	77	59	Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionschutzgesetzes (BImSchG)	78
57 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)	77	60	Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionschutzgesetzes (BImSchG) i.V.m. § 7 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	78
58 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)	77	C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	79	
		61	Regionalverband Ruhr	79
		62	Haushaltssatzung	80

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

57 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz – LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)

Für die
Pflege und Beatmungswohngemeinschaft GmbH - Philadelphia-Home

Letzte bekannte Anschrift:

Am Sengelsberg 10
57319 Bad Berleburg

kann ein Bescheid des Dezernates 12.5 der Bezirksregierung Münster vom 31.12.2022 – Az: 12.5-07156 nicht zugestellt werden, da die aktuelle Anschrift unbekannt ist.

Die vertretungsberechtigte Person wird hiermit aufgefordert, das Schriftstück an folgender Adresse unverzüglich abzuholen.

Anschrift:

Bezirksregierung Münster
Dezernat 12.5
Albrecht-Thaer-Str. 9
48147 Münster

Vor der Abholung des Bescheides ist mit dem zuständigen Sachbearbeiter Herrn Mallwitz, Telefonnummer: 0251/411-3360, E-Mail: alexander.mallwitz@brms.nrw.de, Verbindung aufzunehmen.

Hinweis:

Gemäß § 10 Abs. 2 Satz 7 LZG NRW gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Tag der Veröffentlichung dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schriftstücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Münster, 15.03.2023

Bezirksregierung Münster
Dezernat 12.5
Im Auftrag
gez. Mallwitz

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2023 S. 77

58 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)

Für

Frau

Erika Weber

Letzte hier bekannte Anschrift:

Blenkerweg 45
44265 Dortmund

kann ein Schriftstück des Dezernates 27 der Bezirksregierung Münster vom 02. Februar 2023 Az.: 27.2.11-51S0639139-1 nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthaltsort unbekannt ist.

Sie wird hiermit aufgefordert, das Schriftstück an folgender Adresse unverzüglich abzuholen.

Anschrift:

Bezirksregierung Münster Dezernat 27 Albrecht-Thaer-Str. 9
- Raum N 3087 - 48147 Münster

Hinweis:

Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 7 LZG NRW gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Tag des Aushangs dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schriftstücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Münster, den 14.03.2023

Bezirksregierung Münster
Dezernat 27
Im Auftrag
gez. Schlattmann

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2023 S. 77

59 Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung Münster Münster, den 14.03.2023
52-500-0011218/0007.U Domplatz 1 – 3, 48147 Münster

Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i. V. m. § 21 a der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV)

Erhöhung der Durchsatzleistung der bestehenden Klärschlamm-trocknungsanlage der Firma BioSolid GmbH, Büro Hannover, Osterstraße 63 in 30159 Hannover, Standort der genehmigten Klärschlamm-trocknungsanlage (Abfallbehandlungsanlage) Am Kanal 47b in 49549 Ladbergen (Gemarkung Ladbergen, Flur 41, Flurstück 74) auf max. 90 t an nicht gefährlichen Klärschlamm pro Tag mit dem Abfallschlüssel 19 08 05 „Schlämme aus der Behandlung von kommunalen Abwasser“ durch die Ausnutzung der vorhandenen Reserven der Anlage.

Die Bezirksregierung Münster, Dezernat 52, Albrecht-Thaer-Straße 9 in 48147 Münster hat der Firma BioSolid GmbH mit Datum vom 14.03.2023 die immissionsschutzrechtliche Genehmigung mit dem folgenden verfügenden Teil erteilt:

„Hiermit erteile ich Ihnen auf Ihren Antrag vom 05.01.2021 (Eingang BR MS am 27.01.2021, überarbeiteter Antrag vom 31.10.2022, § 16 i. V. m. § 6 BImSchG die

Genehmigung

zur Änderung der Klärschlamm-trocknungsanlage Ladbergen durch folgende Maßnahmen:

- Erhöhung der Durchsatzleistung dieser Anlage von bisher 49,9 t an nicht gefährlichen Klärschlämmen pro Tag mit dem Abfallschlüssel 19 08 05 „Schlämme aus der Behandlung von kommunalen Abwasser“ auf dann 90 t an nicht gefährlichen Klärschlämmen pro Tag mit dem Abfallschlüssel 19 08 05 durch die Ausnutzung der vorhandenen Reserven der Anlage.
- Errichtung und Betrieb einer thermischen Nachverbrennungsanlage (RNV) zur Verbesserung des Emissionsverhaltens der Klärschlamm-trocknungsanlage.

Das Betriebsgrundstück liegt in der Gemarkung Ladbergen, Flur 41, Flurstück 74.

Diese Genehmigung wird nach Maßgabe der im Anhang 2 angeführten Antragsunterlagen erteilt, sofern sich nicht durch nachstehende Anforderungen Änderungen ergeben.

Eingeschlossene Zulassungen, Erlaubnisse und Genehmigungen:

- Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB:

Gemäß Beschluss des Rates der Gemeinde Ladbergen vom 07.10.2021 wurde die Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 115 „Industriegebiet Hafen, Teil A - Brock“, 4. Änderung, erteilt.

Bedingung: Der beantragte Emissionsgrenzwert nach TA Luft darf nicht auf 500 GE/m³ erhöht werden, sondern muss bei den genehmigten 300 GE/m³ verbleiben.

- Baugenehmigung gemäß §§ 60, 65, 74 BauO NRW“

Die Rechtsmittelbelehrung zu diesem Bescheid lautet:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Münster erhoben werden.“

Eine Ausfertigung des gesamten Genehmigungsbescheides mit Begründung und den dazugehörigen Antragsunterlagen wird nach der Bekanntmachung (24.03.2023) für zwei Wochen vom 27.03.2023 bis 10.04.2023 während der Dienststunden zur Einsicht bei folgenden Behörden ausgelegt:

- Rathaus der Gemeinde Ladbergen, Jahnstraße 5 in 49549 Ladbergen, Zimmer 1.13
- Bezirksregierung Münster, Dezernat 52, Raum N 4019, Albrecht-Thaer-Straße 9, 48147 Münster

Mit dem Ende der oben genannten Auslegungsfristen gelten die Bescheide auch gegenüber Dritten, die keine Einwendung erhoben haben, als zugestellt.

Im Auftrag
gez. Lisa Recker
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2023 S. 78

60 Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i.V.m. § 7 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster 48147 Münster, 16. März 2023
Dezernat 52
Az.: 52-500-0014806/0001.V

Die Firma E.T.R. Entsorgungsgesellschaft mbH, Raiffeisenstraße 18 in 48727 Billerbeck hat die Neugenehmigung gemäß § 4 BImSchG (Bundes-Immissionsschutzgesetz) zur Errichtung und zum Betrieb einer Aufbereitungsanlage für Öl-Wassergemische auf dem Grundstück in 48727 Billerbeck, Raiffeisenstraße 18 (Gemarkung Billerbeck-Kirchspiel, Flur 39, Flurstück 242) beantragt.

Der für Dienstag, den 28.03.2023 um 09.00 Uhr in einem Tagungsraum in der WEISSENBURG Hotelbetrieb GmbH & Co. KG (Familie Niehoff), Gantweg 18 in 48727 Billerbeck vorgesehene Erörterungstermin findet nicht statt, da gegen das beantragte Vorhaben keine Einwendungen innerhalb der Einwendungsfrist erhoben wurden.

Im Auftrag
gez. Alexander Stamm
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2023 S. 78

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

61 Regionalverband Ruhr

Die 9. Sitzung der Verbandsversammlung findet am

**Freitag, 31. März 2023 – 10:00 Uhr –
im Plenarsaal
Kronprinzenstr. 35/Erdgeschoss, 45128 Essen**
statt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalia

- 1.1 Genehmigung der Niederschrift
- 1.2 Um- und Nachbesetzung in Gremien und Aufsichtsräten
 - 1.2.1 Antrag der AfD-Fraktion
Gremienumbesetzung
 - 1.2.2 Antrag der Ruhrfraktion
Umbesetzung von Gremien
 - 1.2.3 Antrag der Ruhrfraktion
Benennung von sachkundigen Bürgern
 - 1.2.4 Antrag der FDP-Fraktion
Gremienumbesetzung/Nachbesetzung

• Angelegenheiten nach Landesplanungsgesetz

2. Aktuelles

- 2.1 Vortrag von Frau Dr. Renz, Leiterin der Landesplanungsbehörde im Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW
Sachstand: Änderung des Landesentwicklungsplanes zur Umsetzung der Vorgaben des Wind-an-Land-Gesetzes des Bundes

3. Vorlagen der Bezirksregierungen

- 3.1 Förderprogramm "Kommunaler Straßenbau 2023" - Unterrichtung und Beschlussfassung
- 4. Vorlagen aus dem Planungsausschuss
 - 4.1 7. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - westlicher Teil - auf dem Gebiet der Stadt Hamm
Veranlassung der Bekanntmachung

5. Vorlagen aus dem Ausschuss für Mobilität

6. Fraktionsanträge

7. Anfragen und Mitteilungen

7.1 Anfragen

7.2 Mitteilungen

- 7.2.1 Zwischenstand Vermarktungskonzept

• Angelegenheiten nach RVR-Gesetz

8. Vorlagen aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen

- 8.1 Angelegenheiten der Freizeitgesellschaften
- Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH - Gesellschaftsvertrag nach Aufhebung des Betrauungsaktes
- 8.2 Angelegenheiten der Abfallwirtschaft metropolerruhr GmbH (AmG)
- Einstellung des Geschäftsbetriebes / Auflösung der Gesellschaft
- 8.3 Angelegenheiten der Revierpark Wischlingen GmbH
- Neustrukturierung der Zusammenarbeit/ Sachstandsbericht zur Kündigung des Gesellschaftsvertrages

- 8.4 Angelegenheiten der Freizeitgesellschaften
- Freizeitschwerpunkt Glörtalsperre mbH (FSG GmbH) - Zusätzliche Mittelbereitstellung zur Finanzierung der Sanierung der Zufahrtsstraße zur K10

- 8.5 Angelegenheiten der Ruhr Tourismus GmbH
- Eigenanteile Förderprojekte EFRE 2023 - 2027

- 8.6 Angelegenheiten der Business Metropole Ruhr GmbH
- Eigenanteile Förderprojekte EFRE 2023 - 2027

- 8.7 Angelegenheiten der Kultur Ruhr GmbH
- Verlängerung der Nebenabrede zum Gesellschaftsvertrag der Kultur Ruhr GmbH für den Zeitraum 2024-2026

- 8.8 Angelegenheiten der ecce GmbH
- Änderung des Gesellschaftsvertrages

- 8.9 Standortmarketingkampagne
Transformation, Innovation und Forschung als Treiber des Imagewandels der Region
Die Metropole Ruhr setzt ihre erfolgreiche Kampagnenkommunikation fort und geht in die nächste Phase

9. Vorlagen aus dem Planungsausschuss

- 9.1 Wanderlandschaft Metropole Ruhr: Sachstand Fördermittelakquise

10. Vorlagen aus dem Ausschuss für Mobilität

11. Vorlagen aus dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Ressourceneffizienz

- 11.1 Einstellung des Projektes Schiffsparade/KulturKanal

12. Vorlagen aus dem Ausschuss für Kultur, Sport und Vielfalt

13. Vorlagen aus dem Ausschuss für Digitalisierung, Bildung und Innovation

14. Vorlagen aus dem Betriebsausschuss RVR Ruhr Grün

- 14.1 Feststellung des Jahresabschlusses und Lageberichts der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung RVR Ruhr Grün zum 31.12.2021.
Beschluss über die Ausgleichsrücklage.
Entlastung des Betriebsausschusses RVR Ruhr Grün.

15. Vorlagen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss

16. Vorlagen ohne Fachausschussbeteiligung

- 16.1 Bestellung der weiteren stellvertretenden Schriftführung für die Verbandsversammlung in der 14. Wahlperiode
- 16.2 Regionale Großformate 2030+
- 16.3 Integriertes regionales Entwicklungskonzept Metropole Ruhr
- 16.4 Angelegenheiten der Business Metropole Ruhr GmbH (BMR)
Bestellung eines zweiten Mitgliedes des Gesellschafters BMR in den Aufsichtsrat der ruhr:HUB GmbH
- 16.5 Haushaltssanierungsplan 2023
- 16.6 Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO NRW
- 16.7 Bekanntgabe der in der Zeit vom 01.11.2022 - 31.12.2022 für das Haushaltsjahr 2022 genehmigten Haushaltsüberschreitungen

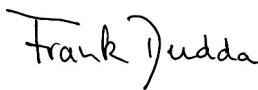
17. Fraktionsanträge/Resolutionen

18. Anfragen und Mitteilungen

18.1 Anfragen

18.2 Mitteilungen

Essen, 16.03.2023



Dr. Frank Dudda
Vorsitzender der Verbandsversammlung

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2023 S. 79-80

62 Haushaltssatzung

Aufgrund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490), in Verbindung mit den §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV. NRW. S. 490), und den §§ 1 und 19 der Zweckverbandssatzung der EUREGIO hat die Verbandsversammlung der EUREGIO mit Beschluss vom 13. Januar 2023 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023, der die für die Erfüllung der Aufgaben der EUREGIO voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf 3.495.592 EUR

dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 3.585.458 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.638.531 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.533.897 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 0 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 30.300 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

89.866 EUR

und die Verringerung der allgemeinen Rücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

0 EUR

festgesetzt.

§ 5

Kredite zur Liquiditätssicherung werden nicht beansprucht.

§ 6

Die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedskörperschaften werden aufgrund des Artikels 4 Abs. 3 Nr. 13 des Vertrages von Anholt und des Artikels 19 (1) der Zweckverbandssatzung der EUREGIO auf

985.354 EUR

festgesetzt. Eine zusätzliche Verbandsumlage nach § 19 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) wird nicht erhoben.

§ 7

-entfällt-

§ 8

- Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden gemäß § 21 Abs. 1 Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der Produktbereiche zu Budgets verbunden.
- Mehrerträge erhöhen gemäß § 21 Abs. 2 KomHVO NRW die Ermächtigungen für Aufwendungen. Diese Mehraufwendungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen.
- Für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten die Regelungen des § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer im Einzelfall bis zu 30.000 EUR und der Vorstand im Einzelfall bis zu 60.000 EUR.
Darüber hinaus entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer mit Zustimmung des Vorstandes über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen im Einzelfall bis zu 1.000.000 EUR, wenn die sich hieraus ergebenden Mehrerträge unter Einbeziehung der Mehrerträge aus internen Leistungsbeziehungen (Gemeinkosten) die Mehraufwendungen um nicht mehr als 25.000 EUR unterschreiten.
- Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen können mit Zustimmung des Geschäftsführers in seiner Funktion als Kämmerer übertragen werden. Werden sie übertragen, bleiben sie bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar. Im Übrigen gelten für Ermächtigungsübertragungen die Bestimmungen des § 22 Abs. 2 – 4 KomHVO NRW.
- Investitionsmaßnahmen werden gemäß § 4 Abs. 4 KomHVO NRW einzeln im Haushaltsplan ausgewiesen, wenn sie einen Auszahlungsbedarf von 50.000 EUR überschreiten.

Begrotingsreglement

Op grond van § 18 lid 1 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) in de versie gepubliceerd op 1 oktober 1979 (GV. NRW. blz. 621), laatstelijk gewijzigd bij artikel 5 van het wet van 13 april 2022 (GV. NRW. blz. 490), in combinatie met §§ 78 e.v. van de *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen* (GO NRW) in de versie gepubliceerd op 14 juli 1994 (GV. NRW. blz. 666), laatstelijk gewijzigd bij artikel 1 van de wet van 13 april 2022 (GV. NRW. blz. 490), en §§ 1 en 19 van de Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO heeft het Algemeen Bestuur van de EUREGIO bij besluit van 13. januari 2023 het volgende begrotingsreglement aangenomen

§ 1

De begroting voor het begrotingsjaar 2023, die de voor de vervulling van de taken van de EUREGIO geraamde baten en lasten omvat, inclusief ontvangen stortingen en te verrichten betalingen en noodzakelijke vastleggingskredieten, wordt

in het exploitatie-overzicht vastgesteld op

totale baten van 3.495.592 EUR

totale lasten van 3.585.458 EUR

in het kasstroom-overzicht vastgesteld op

totaalbedrag van ontvangsten uit gewone bedrijfsvoering van 3.638.531 EUR

totaalbedrag van betalingen uit gewone bedrijfsvoering van 3.533.897 EUR

totaalbedrag van ontvangsten uit de investeringsactiviteit van 0 EUR

totaalbedrag van betalingen uit de investeringsactiviteit van 30.300 EUR

totaalbedrag van ontvangsten uit de financieringsactiviteit van 0 EUR

totaalbedrag van betalingen uit de financieringsactiviteit van 0 EUR.

§ 2

Er worden geen kredieten voor investeringen begroot.

§ 3

Er worden geen vastleggingskredieten begroot.

§ 4

De gebruikmaking van de egaliseringsreserve op grond van het verwachte jaarresultaat in het exploitatie-overzicht wordt vastgesteld op

89.866 EUR

en de verlaging van de algemene reserve op grond van het verwachte jaarresultaat in het exploitatie-overzicht wordt vastgesteld op

0 EUR.

§ 5

Er wordt geen beroep gedaan op kredieten ter waarborging van de liquiditeit.

§ 6

De ledenbijdragen van de lidorganen worden overeenkomstig artikel 4 lid 3 (13) van het Verdrag van Anholt en van artikel 19 (1) van de Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO vastgesteld op

985.354 EUR.

Naast deze ledenbijdragen wordt er geen *Verbandsumlage* overeenkomstig § 19 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) opgelegd.

§ 7

-vervalt-

§ 8

1. Ten behoeve van een flexibel begrotingsbeheer worden overeenkomstig § 21 lid 1 *Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen* (KomHVO NRW) de contante baten en lasten alsmede ontvangsten en betalingen binnen de productgebieden tot budgets samengevoegd.
2. Meeropbrengsten verhogen overeenkomstig § 21 lid 2 KomHVO NRW de bevoegdheden voor te maken kosten. Deze meerkosten worden niet als bovenplanmatige lasten beschouwd.
3. Voor bovenplanmatige en niet-budgettaire kosten en betalingen gelden de bepalingen van § 83 van de *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen* (GO NRW). Over de betaling van deze kosten en de verrichting van deze betalingen beslist de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid van "Kämmerer" (financieel beheerder) van geval tot geval tot een bedrag van 30.000 EUR en het Dagelijks bestuur van geval tot geval tot een bedrag van 60.000 EUR.

Daarnaast beslist de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid van "Kämmerer" (financieel beheerder) met goedkeuring van het Dagelijks bestuur over de betaling van deze kosten en de verrichting van deze betalingen van geval tot geval tot een bedrag van 1.000.000 EUR wanneer de hieruit resulterende meeropbrengsten met inachtneming van de meeropbrengsten uit interne verrekeningen (overheadkosten) ten hoogste 25.000 EUR lager zijn dan de meerkosten.

4. Bevoegdheden voor kosten en betalingen kunnen worden overgedragen met goedkeuring van de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid als "Kämmerer" (financieel beheerder). Als ze worden overgedragen, blijven ze tot het einde van het volgende begrotingsjaar bestaan. Bevoegdheden tot het verrichten van betalingen voor investeringen blijven tot de opeisbaarheid van de laatste betaling voor hun doel bestaan. Wanneer investeringsactiviteiten niet in het begrotingsjaar worden gestart, blijven de bevoegdheden tot het einde van het tweede op het begrotingsjaar volgende jaar bestaan. Voor het overige zijn op de overdracht van bevoegdheden de bepalingen van § 22 lid 2 – 4 KomHVO NRW van toepassing.
5. Investeringsactiviteiten worden in de begroting afzonderlijk gespecificeerd overeenkomstig § 4 lid 4 KomHVO NRW wanneer ze een bestedingsniveau van 50.000 EUR overschrijden.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden

- c) der Vorsitzende der Verbandsversammlung hat den Beschluss der Verbandsversammlung vorher beanstandet
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gronau, 17.03.2023

R.G. Welten

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2023 S. 80-82

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster